



**G e s c h ä f t s b e r i c h t
und
L a g e b e r i c h t**

des

Versorgungswerkes

der

Zahnärztekammer Berlin

zum

Jahresabschluss 2012

Inhaltsverzeichnis

- 1. Vorwort**
- 2. Rechtliche Grundlagen, Aufsichtsbehörde**
- 3. Die Vertreterversammlung**
- 4. Der Aufsichtsausschuss**
- 5. Der Verwaltungsausschuss**
- 6. Personalbestand**
- 7. Mitgliederbewegung**
- 8. Vermögensanlagen**
- 9. Versicherungsmathematik und Satzung**
- 10. Risiken der künftigen Entwicklung und Risikomanagement**
- 11. Ausblick**

Anlagen

- Bilanz per 31.12.2012**
- Anhang zur Bilanz**
- Gewinn- und Verlustrechnung 2012**

1. Vorwort

Nichts ist beständiger als der Wandel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Am 13. April diesen Jahres fand die konstituierende Vertreterversammlung des Versorgungswerkes statt. Die wichtigste Aufgabe dieser ersten Vertreterversammlung der neuen Amtsperiode von 2013 bis 2016 ist sicherlich die Wahl des Aufsichts- und des Verwaltungsausschusses und damit die Weichenstellung für die standespolitische Geschäftspolitik unsere Versorgungswerkes der nächsten vier Jahre.

Nach 14 Jahren aktiver und unermüdlicher Tätigkeit als Vorsitzendem des Verwaltungsausschusses für das VZB stellte sich Albert Essink nicht nochmals zur Wahl. In seine Amtszeit fallen wesentliche Meilensteine für das VZB, populäre wie schwierige Entscheidungen, der Neuaufbau der Verwaltung mit Schaffung einer soliden Struktur sowie die Einführung der neustrukturierten, seit 2008 geltenden Satzung.

All diese Aufgaben ging Albert Essink in engem Zusammenwirken mit seinen Kollegen im Verwaltungsausschuss und der Verwaltung unter Leitung des Direktors an. Das in 1999 von ihm als Vorsitzender übernommene hässliche Entlein entwickelte sich unter seiner Führung wieder zurück zum stolzen Schwan.

Das VZB ist gut aufgestellt, so können wir für 2012 ein Kapitalanlageergebnis mit einer Nettoertragsrate von 4,61% vermelden, was bei dem aktuellen Zinsniveau ein sehr zufriedenstellendes Ergebnis ist. Dennoch malen wir uns die Zukunft nicht rosarot, zu viele ungelöste Aufgaben liegen über Europa und dem Rest der Welt, so dass wir von Monat zu Monat mit dem Monitoring unserer Kapitalanlagen und entsprechenden Entscheidungen versuchen, Stetigkeit in der Vermögensentwicklung zu erzeugen.

2. Rechtliche Grundlagen, Aufsichtsbehörde

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin (VZB) ist die Pflichtversorgungseinrichtung der Zahnärzte in Berlin, Bremen und Brandenburg.

Rechtsgrundlage für die Gründung und den Betrieb des Versorgungswerkes ist das Berliner Kammergesetz, zuletzt geändert durch das Elfte Gesetz zur Änderung des Berliner Kammergesetzes vom 17.03.2010 (GVBl. für Berlin, S. 135), und die hiernach erlassene Satzung.

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin wurde zum 01.10.1965 gegründet. Es gilt seit dem 01.01.2008 die Neufassung der Satzung vom 12.12.2007 in der zum 01.01.2011 geänderten Fassung. Nach Ende des Geschäftsjahres wurde die Satzung in der Vertreterversammlung am 21.04.2012 erneut an die aktuellen Rechtsgrundlagen angepasst und ist mit diesen Änderungen zum 30.06.2012 in Kraft getreten. Die Genehmigung der von der Vertreterversammlung am 01. Dezember 2012 genehmigten Satzungsänderung steht bei Erstellung des Geschäftsberichtes noch aus.

Die Mitglieder der Zahnärztekammer Bremen haben sich gemäß Beschluss der Delegiertenversammlung vom 22.04.1966 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde mit gleichen Rechten und Pflichten als Pflichtmitglieder dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin angeschlossen und diesen Anschluss mit Beschluss vom 23.03.2007 erneuert.

Als freiwillige Mitglieder sind die Angehörigen der Tierärztekammer Berlin entsprechend dem Beschluss der Delegiertenversammlung vom 29.10.1969 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde mit gleichen Rechten und Pflichten dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin beigetreten. Da die Tierärztekammer Berlin sich nach der deutschen Wiedervereinigung für neue Mitglieder an die Tierärzteversorgung Mecklenburg-Vorpommern angeschlossen hat, wurde mit Einführung der Teilrechtsfähigkeit klargestellt, dass die Tierärztekammer Berlin keine beteiligte Kammer mehr ist. Die laufenden Mitgliedschaftsverhältnisse sind davon nicht betroffen.

Mit Beschluss der Delegiertenversammlung vom 24.10.1991 und mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde haben sich die Mitglieder der Landeszahnärztekammer Brandenburg mit gleichen Rechten und Pflichten als Pflichtmitglieder dem Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin zum 01.02.1992 angeschlossen und diesen Anschluss mit Beschluss vom 24.03.2007 erneuert.

Die jeweilige Satzung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin findet auf die Bremer Mitglieder, die tierärztlichen Mitglieder und auf die Brandenburger Mitglieder entsprechend Anwendung.

Mit dem Neunten Gesetz zur Änderung des Berliner Kammergesetzes vom 19.06.2006 (GVBl. für Berlin, S. 570) wurde die so genannte Teilrechtsfähigkeit für berufsständische Versorgungswerke eingeführt. Somit waren die Regelungen der Neunten Änderung des Berliner Kammergesetzes in Form der Teilrechtsfähigkeit umzusetzen.

Das Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin steht unter der Aufsicht der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales sowie für die versicherungsmathematischen Grundlagen unter der Fachaufsicht der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung.

3. Die Vertreterversammlung

Die Vertreterversammlung ist satzungsgemäß das oberste Organ des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin.

Der Vertreterversammlung gehörten im Berichtszeitraum an:

Vertreter Berlin:	Olaf Cornehlens Dr. Heinz Helmut Dohmeier-de Haan Karsten Geist Dr. Peter E. Gutsche Winnetou Kampmann Dr. Wolfgang Kopp Dr. Wolfgang Schmiedel Dr. Lutz-Stephan Weiß
Vertreter Brandenburg:	Jürgen Herbert Dr. Ute Jödecke Dr. Eberhard Steglich
Vertreter Bremen:	Dr. Wolfgang Menke.

Die Zusammensetzung der Vertreterversammlung hat sich nach Ende des Berichtszeitraumes geändert.

Die Vertreterversammlung konstituierte sich in ihrer Sitzung am 13.04.2013 und setzt sich wie folgt zusammen:

Vertreter Berlin:	Dr. Heinz Helmut Dohmeier-de Haan Dr. Peter E. Gutsche Winnetou Kampmann Dr. Wolfgang Kopp Dr. Wolfgang Schmiedel Siegfried Seifert Thekla Wandelt Dr. Lutz-Stephan Weiß
Vertreter Brandenburg:	Jürgen Herbert Dr. Ute Jödecke Dr. Eberhard Steglich
Vertreter Bremen:	Dr. Wolfgang Menke.

4. Der Aufsichtsausschuss

Dem Aufsichtsausschuss gehörten im Berichtszeitraum an:

Vorsitzender:	Dr. Eckehart Schäfer, Brandenburg
stellvertretender Vorsitzender:	Dr. Jörg Meyer, Berlin
Beisitzer:	Dr. Gunnar Hoops, Bremen
	Dr. Jürgen Gromball, Berlin
	Dr. Eberhard Schütte, Berlin
	Dr. Franz Josef Cwiertnia, Berlin

Mit der konstituierenden Sitzung der Vertreterversammlung am 13.04.2013 wählte die Vertreterversammlung den Aufsichtsausschuss wie folgt neu:

Vorsitzender:	Dr. Eckehart Schäfer, Brandenburg
stellvertretender Vorsitzender:	Dr. Jörg Meyer, Berlin
Beisitzer:	Dr. Franz Josef Cwiertnia, Berlin
	Dr. Gunnar Hoops, Bremen
	Dr. Marius Radtke, Berlin
	Dr. Eberhard Schütte, Berlin

Der Aufsichtsausschuss ist satzungsgemäß die Widerspruchsinstanz des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin.

Des Weiteren obliegt dem Aufsichtsausschuss gemäß § 4 der Satzung des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin die Bestimmung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss und den Lagebericht und im Einvernehmen mit dem Verwaltungsausschuss die Beschlussfassung über die Bestellung der oder des mathematischen Sachverständigen.

Für die Prüfung des Kalenderjahres 2012 bestimmte der Aufsichtsausschuss die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft RölfsPartner, Düsseldorf.

5. Der Verwaltungsausschuss

Dem Verwaltungsausschuss gehörten im Berichtszeitraum an:

Vorsitzender:	Albert Essink, Berlin
stellvertretender Vorsitzender:	Dr. Ingo Rellermeier, Berlin
Beisitzer:	Dr. Michael-Wolfgang Geuther, Brandenburg
	Dr. Markus Roggensack, Berlin
	Dr. Marius Radtke, Berlin
	Rolf Weggen, Bremen

Mit der konstituierenden Sitzung der Vertreterversammlung am 13.04.2013 wählte die Vertreterversammlung den Verwaltungsausschuss wie folgt neu:

Vorsitzender:	Dr. Ingo Rellermeier, Berlin
stellvertretender Vorsitzender:	Dr. Rolf Kisro, Berlin
Beisitzer:	Lars Eichmann, Berlin
	Dr. Michael-Wolfgang Geuther, Brandenburg
	Dr. Markus Roggensack, Berlin
	Rolf Weggen, Bremen

Zum mathematischen Sachverständigen ist seit Juni 2007 bestellt:

Dipl.-Mathematiker Dr. Andreas Jurk,
Longial GmbH, Düsseldorf.

Aufgrund des Ausscheidens von Herrn Dr. Jurk bei Longial wird sein Nachfolger, Herr Dr. Wald-dörfer, als mathematischer Sachverständiger bestellt werden.

Der Verwaltungsausschuss bildet gemäß § 5 der Satzung die Geschäftsführung des Versorgungswerkes.

6. Personalbestand

Die Verwaltung des Versorgungswerkes wird vom Direktor, Herrn Dipl.-Verwaltungswirt Ralf Wohltmann, gem. § 6 der Satzung geleitet.

Die nachfolgende Gegenüberstellung stellt die Entwicklung des Personalbestandes bis zum 31.12.2012 dar:

Abteilung / Bereich	Mitarbeiter per 31.12.2006	Mitarbeiter per 31.12.2007	Mitarbeiter per 31.12.2008	Mitarbeiter per 31.12.2009	Mitarbeiter per 31.12.2010	Mitarbeiter per 31.12.2011	Mitarbeiter per 31.12.2012
Sekretariat/ Personal- verwaltung/ Berichts- wesen	2	2	2	2	2	2	2
Wertpapierverwaltung	1	1	1	2	1	1	1
EDV/Informatik	1	1	1	1	1	1	1
Versicherungsmathe- matik	1	1	1	1	1	1	1
Mitgliederverwaltung	6	7	6	8	7	7	7
Finanzbuchhaltung	3	3	3	3	4	3	2
Immobilienverwaltung	7	7	4	0	0	0	0
Allgemeine Bearbei- tung, Technik	2	2	2	2	2	2	2
Gesamt	23	24	20	19	18	17	16

Die Abteilungen Mitgliederverwaltung und Finanzbuchhaltung werden durch Abteilungsleiterinnen geführt. Die Abteilungsleiterinnen führen die Abteilungen mit Umsetzung des Vieraugenprinzips in enger Zusammenarbeit mit dem Direktor, so dass der reibungslose Ablauf innerhalb der Abteilungen mit einer größtmöglichen Kompetenz gesichert wird.

Der auch die Gemeinkostenstellen berücksichtigende Verwaltungskostensatz verringerte sich von 1,89 % im Vorjahr auf 1,56 % im Berichtsjahr.

7. Mitgliederbewegung

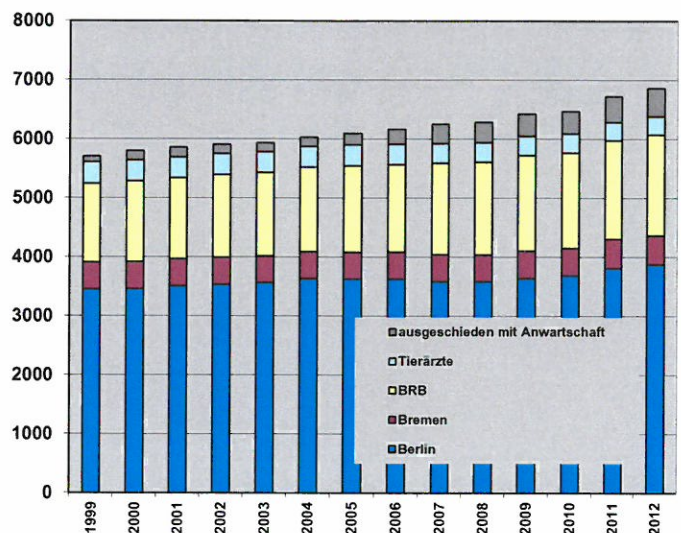
Der Mitgliederbestand entwickelte sich bis zum 31.12.2012 wie folgt:

	31.12.2011	Zugang	Abgang	31.12.2012
Zahnärzte Berlin	3813	237	174	3876
Zahnärzte Bremen	494	38	38	494
Zahnärzte Brandenburg	1670	98	59	1709
Tierärzte Berlin	312	0	5	307
Ausgeschieden mit Anwartschaft	436	62	17	481
Aktive Mitglieder gesamt	6725	435	293	6867
Altersrenten	951	103	28	1026
BU-Renten	112	7	15	104
Witwen-/Witwerrenten	207	13	15	205
Halbwaisenrenten	53	4	10	47
Vollwaisenrenten	2	0	1	1
Rentenempfänger gesamt	1325	127	69	1383
<u>Gesamt</u>	<u>8050</u>	<u>562</u>	<u>362</u>	<u>8250</u>

Die Zahl der Gesamtmitglieder ist gegenüber dem Vorjahr um 142, die Zahl der Rentner um 58 gestiegen. Damit liegt das VZB in den erwarteten und insbesondere versicherungsmathematischen Entwicklungen und Annahmen sowohl im Bereich der aktiven Mitglieder als auch im Bereich der neu einzuweisenden Renten.

Das Beitragsvolumen des Berichtsjahres beläuft sich auf 53,320 Mio. €. Das Beitragsvolumen entspricht in der Entwicklung dem aktuellen Satzungsstand nach der zum 01.01.2008 erfolgten Umstellung des Beitragssystems für die selbständig tätigen Mitglieder.

Mitgliederentwicklung - Aktive



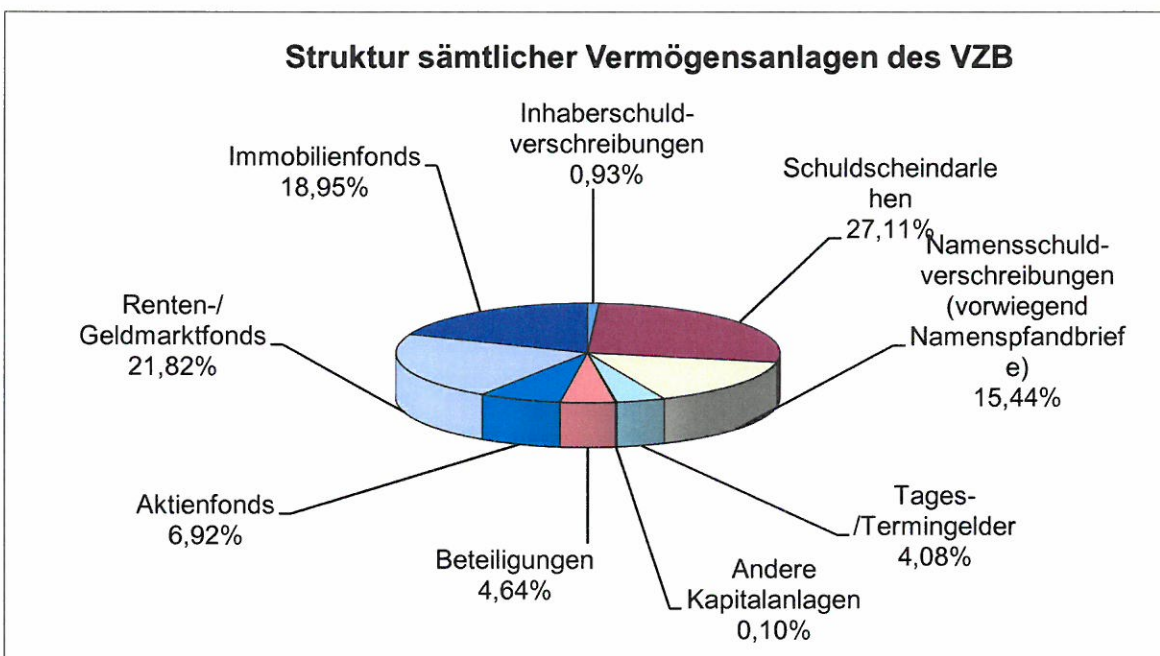
8. Vermögensanlagen

Im Berichtsjahr gab es keine Änderungen zu den Vorjahren, es blieb schwierig, bei einem vorhandenen Zinsniveau unterhalb des Rechnungszinses, den Grundstock der Vermögensanlagen des VZB, der die Erwirtschaftung des Rechnungszinses dauerhaft gewährleisten soll, weiter auszubauen. Darüber hinaus ist den Kriterien der Mischung und Streuung, insbesondere auch im Hinblick auf Emittentenrisiken, wie sie in der Vergangenheit so nicht vorhanden waren, noch stärkere Bedeutung zuzumessen als bisher. Die Thematik von steigenden Risiken in europäischen Staatsanleihen war in der Vergangenheit so nicht präsent.

Der Ausbau der Immobilienquote sowie der Beteiligungsquote – also das Investment in Sachwerte – hat zur Ertragsverstärkung erheblich beigetragen. Die im Immobilienfonds direkt gehaltenen Immobilien werden im Rahmen der zulässigen Grenzen mit Laufzeiten von zwei bis acht Jahren fremdfinanziert. Dies sichert bei dem derzeit historisch niedrigen Zinsniveau einen Zusatzertrag auf den Immobilienbestand und dient bei Auslaufen der Zinsfestschreibung als gesichertes Investment der Zukunft. Selbstverständlich wird nämlich darauf geachtet, dass es bei Auslaufen der jeweiligen Zinsbindung aus Sicht der zulässigen Quoten und der notwendigen Liquidität möglich wäre, die Fremdfinanzierung mit Eigenmitteln abzulösen. So wird das Risiko eines möglichen negativen Leverageeffektes vermieden. Wie wollen dabei aber auch nicht verkennen, dass auch Immobilien Wertschwankungen unterliegen und entsprechend hohe Investmentquoten in diesem Bereich einer entsprechenden Diversifikation zur Senkung dieses Risikos bedürfen.

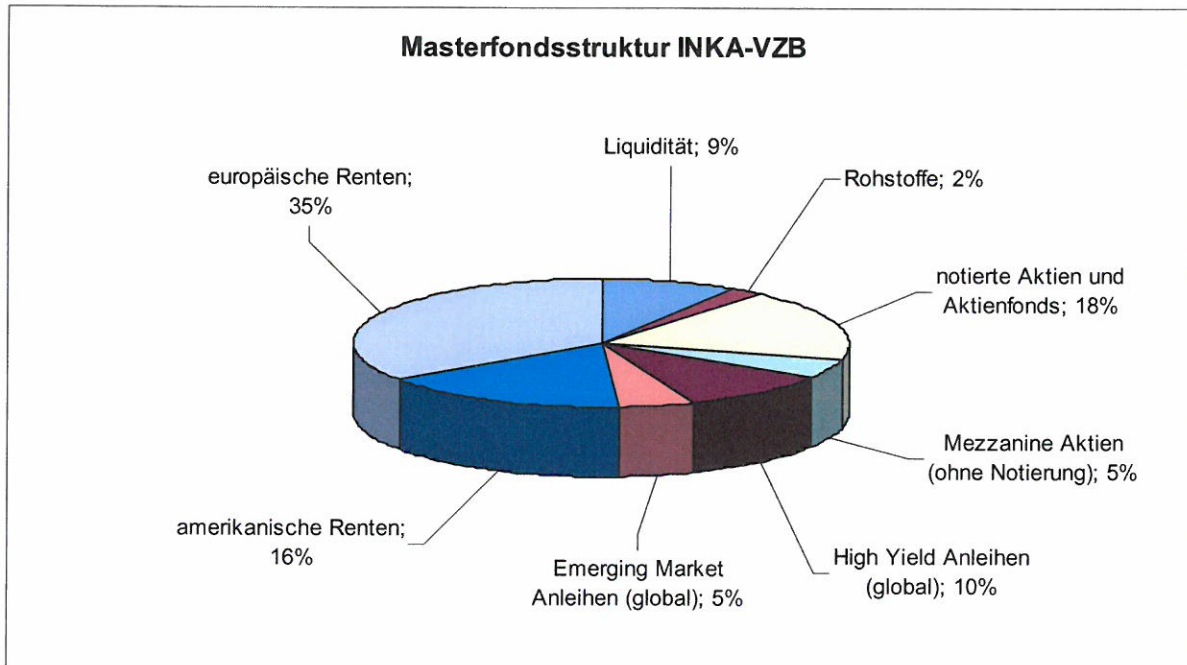
Die Quote der zum Grundstock der Vermögensanlagen zählenden Kapitalanlagen, wie Schuldscheindarlehen, Namensschuldverschreibungen und Inhaberschuldverschreibungen, im Verhältnis zu den gesamten Kapitalanlagen des VZB verringerte sich durch Fälligkeiten im Laufe des Berichtsjahres, aufgrund fehlender Anlagemöglichkeiten unter Wahrung des Rechnungszinses, von 49,79 % per 31.12.2011 auf 43,47 % per 31.12.2012.

Die nachfolgende Grafik zeigt die Struktur sämtlicher Vermögensanlagen des VZB auf Buchwertbasis zum 31.12.2012.



Das Anlagevolumen der in Fonds über Spezial- und Publikumsfondsmandate gehaltenen Investments veränderte sich im Berichtsjahr von 44,76 % auf 47,70 % des Vermögensbestandes.

Das Vermögen des Masterfonds, der von der Internationalen Kapitalanlagegesellschaft mbH (INKA) verwaltet wird, war – soweit man die einzelnen Spezial- und Publikumsfondsmandate bestimmten Assetklassen zuordnet – per 31.12.2012 wie nachfolgend aufgezeigt strukturiert.¹

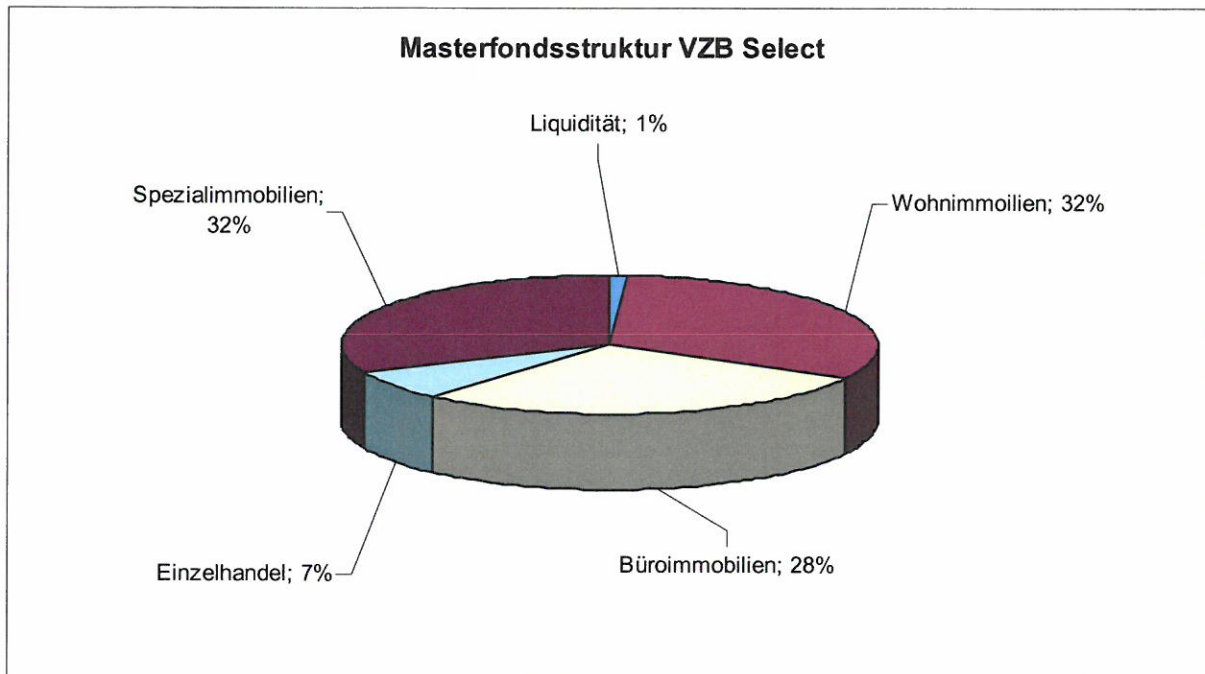


Hierbei ist anzumerken, dass sich die Quote der notierten Aktien auf Ebene des Masterfonds im gesamten Berichtsjahr auf dem nebenstehend aufgezeigten niedrigen Niveau bewegte.

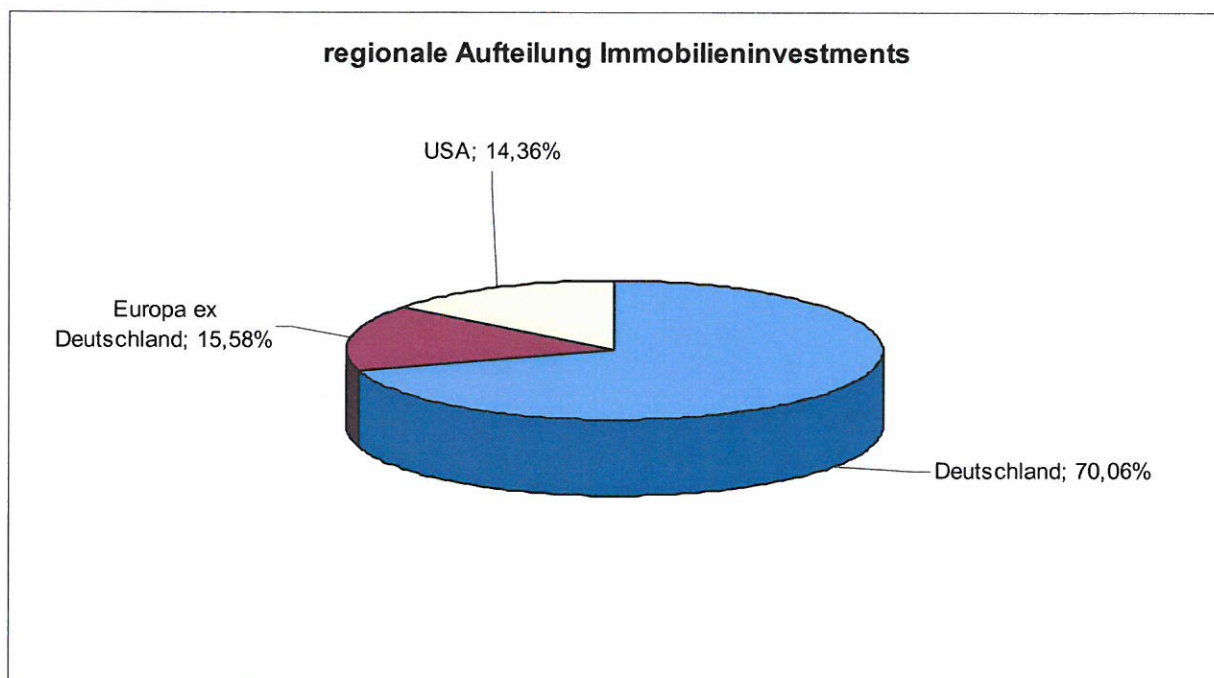
Das im Jahr 2008 im Masterfonds implementierte Overlaymanagement trug weiterhin erfolgreich zur Risikominimierung bei, denn durch die professionelle Steuerung der in den Einzelinvestments vorhandenen Währungsrisiken des VZB konnten Verluste vermieden werden.

¹ Die Darstellung spiegelt die grundsätzliche Ausrichtung des Masterfonds am Jahresende 2012 wider. Das heißt, dass die den Fondsmanagern zur Abbildung einer bestimmten Assetklasse zur Verfügung gestellten und am Bilanzstichtag nicht investierten liquiden Mittel in den Subfonds in der Grafik nicht explizit als Kasse ausgewiesen wurden.

Der Immobilien-Masterfonds VZB Select, welcher von der Quantum Immobilien Kapitalanlage-gesellschaft mbH verwaltet wird, wies per 31.12.2012 folgende Struktur auf:



Die gesamten Investments des VZB in Immobilien teilen sich per 31.12.2012 regional wie folgt auf:



Für die Aufstellung der Bilanz per 31.12.2012 wurde vom Bilanzierungswahlrecht des § 341b HGB wie in den Vorjahren, mit Ausnahme von Staatsanleihen des Europeripherie- raumes bei den Wertpapieren, erneut kein Gebrauch gemacht. Wie bisher wurden die betreffenden Kapitalanlagen nach dem strengen bzw. in

	2008	2009	2010	2011	2012
Vermögensanlagen (TEUR)	876.004	939.411	977.199	1.052.778	1.144.634
Davon:					
Wertpapiere	12.370	12.953	13.743	10.510	10.588
Namenspapiere	189.006	212.722	184.328	176.001	176.703
Schuldscheindarlehen	384.010	358.231	350.172	337.630	310.289
Investmentanteile & Aktien	113.762	185.535	385.768	471.347	545.951
Immobilienbestand	115.239	121.042	2.022	0	0
Termingelder	40.310	26.941	15.307	12.871	46.738
Andere Kapitalanlagen	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200
Beteiligungen	20.107	20.787	24.659	43.219	53.165
Vermögensertrag	38.986	48.988	53.883	28.919	51.996
Beiträge gesamt (TEUR)	46.833	49.862	50.476	51.643	53.320
Davon:					
Pflichtbeiträge	43.957	46.447	47.053	48.272	50.005
Freiwillige Beiträge	2.630	2.849	2.900	2.792	2.555
Überleitungen	246	566	523	579	760

den genannten Einzelfällen gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Das Vermögen war daher im Berichtszeitraum unter Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung mit einer Bruttoverzinsung von 4,62 % bzw. einer Effektivverzinsung von 4,61 % angelegt.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass diese Mischung der Kapitalanlagen - unter anderem durch die Einbeziehung der „absolute return“ Fonds - auch in ertragsseitig aufgrund der hohen Volatilität schwierigen Jahren, wie dem Berichtsjahr, das Erreichen des Rechnungszinses zwar nicht garantiert, aber ein positives Ertragsergebnis ermöglicht hat.

9. Versicherungsmathematik und Satzung

Für die Kalenderjahre 2011 bis 2013 wird satzungsgemäß wieder ein zusammenhängendes versicherungsmathematisches Gutachten erstellt.

Für das Berichtsjahr wurde somit kein versicherungsmathematisches Gutachten erstellt.

10. Risiken der künftigen Entwicklung und Risikomanagement

Durch die Pflichtmitgliedschaft im Versorgungswerk ist ein stetiger Zugang an Mitgliedern zu erwarten. Versicherungstechnische Risiken bestehen insbesondere in der Änderung der biometrischen Rechnungsgrundlagen (Längerlebigkeit, Invalidisierung und Tod) sowie beim Rechnungszins.

Die biometrischen Rechnungsgrundlagen werden turnusmäßig durch Risikountersuchungen im Rahmen des versicherungstechnischen Gutachtens überprüft.

In Folge der beobachtbaren Verlängerung der Lebenserwartung, insbesondere auch für Angehörige der freien Berufe wurden die Rechnungsgrundlagen zum 31.12.2007 auf die berufsständischen Richttafeln 2006 der ABV/ Heubeck (bRT 2006) überführt. Darüber hinaus wird im Rahmen der versicherungsmathematischen Berechnungen zum Verpflichtungsumfang aus Vorsichtsgründen der kalkulatorische zukünftige Neuzugang mit negativer Deckungsrückstellung nicht einbezogen.

Das Vermögen des Versorgungswerkes ist nach § 32 Abs. 2 der Satzung sowie § 3 der Vers-WerkVo Berlin, soweit es nicht zur Deckung der laufenden Ausgaben bereitzuhalten ist, gemäß § 54 des Versicherungsaufsichtsgesetzes und der Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen anzulegen.

Den Risiken, wie Zinsänderungsrisiko, Bonitätsrisiko und Marktrisiko wird durch die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Vorschriften und der breiten Mischung und Streuung der Kapitalanlagen begegnet.

Zur Sicherstellung und weiteren Verbesserung des Risikomanagements besteht ein externes Risikocontrollingberichtsweisen durch die Deutsche Apotheker- und Ärztebank, das die eigenen turnusmäßigen Berichterstattungen flankiert.

In operativer Hinsicht soll eine stringente Einhaltung des Vieraugenprinzips bei wertauslösenden Geschäftsvorfällen das Vermögen des Versorgungswerkes schützen.

11. Ausblick

Selten haben wir an dieser Stelle so „ratlos“ gesessen und überlegt, was wir denn als Ausblick festhalten und Ihnen mitteilen wollen.

Am Kapitalmarkt sind auf der Zinsseite die sogenannten „japanischen Verhältnisse“ längst Wirklichkeit, an ein Erreichen des derzeitigen Rechnungszinses ist mit einfachen Rententiteln nicht zu denken. Oder es müssen bei der Qualität der Emittenten Abstriche gemacht werden, so gäbe es einige europäische Staatsanleihen, mit denen wäre der Rechnungszins gut erreichbar- Rückzahlung aber ungewiss. Der Aktienmarkt setzt mit Werten von über 8000 Punkten im DAX zu neuen Höhenflügen an. Wir haben uns in den letzten Jahren mit Aktieninvestments aufgrund der hohen Volatilität zurückgehalten und recht niedrige Quoten investiert. Beim derzeitigen Stand der Indices ist ein Investment in einen einfachen Aktienfonds mit dem uns zur Verfügung stehenden Risikobudget nicht möglich. Bei Immobilieninvestments scheint man ja auf der Höhe der Zeit zu sein – faktisch wollen alle – Privatinvestoren und die institutionellen Investoren – beim Betongold dabei sein. Wir haben das Gefühl, dass gekauft wird was angeboten wird, der Preis spielt scheinbar keine Rolle, zumindest aber lassen die mittlerweile aufgerufenen Preise eine Rendite in Höhe unseres Rechnungszinses kaum noch zu. Hier sind wir durchaus ein wenig stolz, rechtzeitig die Immobilienquote hochgefahren zu haben.


Es sind – im Rahmen der rechtlich zulässigen Möglichkeiten – also neue Wege gefragt. Das Thema Infrastruktur ist auch in aller Munde, aber faktisch noch nicht abschließend definiert, so dass Investmentmöglichkeiten bestehen, die es zu finden gilt. Auch haben sich viele Banken mittlerweile von dem klassischen Unternehmensfinanzierungsgeschäft verabschiedet, auch eine neue Lücke, die mit professionell arbeitenden Managern als Investment geschlossen werden kann. Ebenso sind Unternehmensbeteiligungen in homöopathischen Dosen eine Bereicherung des Portfolios.

Aber letztlich alles in vertretbaren Investmentgrößen, um das Einzelinvestmentrisiko handelbar zu halten.


Ach ja, und das eigentliche Brot- und Buttergeschäft, die Mitglieder- und Beitragsverwaltung?? Endlich mal was Einfaches: Das läuft einfach.

Mal sehen, wann wir das Wort „einfach“ wieder in den Zusammenhang mit der Kapitalanlage bringen können.

Berlin, 28.06.2013



Dr. Ingo Rellermeier
Vorsitzender des
Verwaltungsausschusses



Dr. Rolf Kisro
stellv. Vorsitzender des
Verwaltungsausschusses



Ralf Wohltmann
Direktor

Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -
Berlin

Bilanz zum 31. Dezember 2012

AKTIVA

	31.12.2012		31.12.2011		EUR
	EUR	EUR	EUR	EUR	
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
- entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			8.772,00		1.105,00
B. Kapitalanlagen					
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
- Beteiligungen		53.164.960,55		43.218.683,91	
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		545.950.681,78		471.347.358,70	
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		10.588.230,76		10.510.000,00	
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	176.703.565,92		176.000.623,72		
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	<u>310.288.959,71</u>	486.992.525,63	<u>337.629.682,94</u>	513.630.306,66	
4. Einlagen bei Kreditinstituten		46.737.637,92		12.871.486,98	
5. Andere Kapitalanlagen		<u>1.200.000,00</u>		<u>1.200.000,00</u>	
		<u>1.091.469.076,09</u>	1.144.634.036,64	<u>1.009.559.152,34</u>	1.052.777.836,25
C. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
- Versicherungsnehmer		3.753.131,41		3.986.772,73	
II. Sonstige Forderungen		<u>704.290,32</u>	4.457.421,73	<u>422.274,73</u>	4.409.047,46
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte		104.326,00		128.310,00	
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten		5.281.999,66		15.373.428,18	
III. Andere Vermögensgegenstände		<u>1.830.449,96</u>	7.216.775,62	<u>1.678.046,29</u>	17.179.784,47
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgrenzte Zinsen und Mieten		11.878.356,42		12.848.324,01	
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		<u>2.828,89</u>	11.881.185,31	<u>3.144,53</u>	12.851.468,54
			<u>1.168.198.191,30</u>		<u>1.087.219.241,72</u>

Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -
Berlin

Bilanz zum 31. Dezember 2012

PASSIVA

	31.12.2012		31.12.2011	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital				
- Gewinnrücklagen: Verlustrücklage entsprechend § 37 VAG (Sicherheitsrücklage)		24.591.048,00		24.591.048,00
B. Gesamt-Ausgleichsposten				
- Ausgleichsposten (Überschussrückstellung)		133.251.081,38		52.338.342,00
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Deckungsrückstellung				
1.a Bruttobetrag laut versicherungsmathematischer Berechnung zum 31.12.2010	984.284.564,86		984.284.564,86	
1.b zuzüglich Zuführung aus der Rückstellung für satzungsgemäße Überschussbeteiligung	<u>22.556.143,59</u>		<u>22.556.143,59</u>	
	<u>1.006.840.708,45</u>		<u>1.006.840.708,45</u>	
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	1.968.067,05		1.972.798,59	
III. Rückstellung für satzungsgemäße Überschussbeteiligung	<u>443.856,41</u>	1.009.252.631,91	<u>443.856,41</u>	1.009.257.363,45
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	315.452,00		236.149,00	
II. Sonstige Rückstellungen	<u>458.394,13</u>	773.846,13	<u>393.409,82</u>	629.558,82
E. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungs- geschäft gegenüber:				
- Versicherungsnehmern	11.990,72		47.224,93	
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00		0,00	
III. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>317.593,16</u>	329.583,88	<u>355.704,52</u>	402.929,45
- davon aus Steuern: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 25.167,11)				
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)				
		<u>1.168.198.191,30</u>		<u>1.087.219.241,72</u>

Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -
Berlin

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	2012		2011	
	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
- Gebuchte Bruttobeiträge		53.319.942,31		51.642.776,41
2. Beiträge aus der Rückstellung für satzungsgemäße Überschussbeteiligung		0,00		22.556.143,59
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen	985.927,30		111.560,71	
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.731,57		165.858,16	
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	49.801.117,87		28.578.316,74	
c) Erträge aus Zuschreibungen	0,00		0,00	
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	1.206.330,16	51.996.106,90	63.018,34	28.918.753,95
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung		37.339,91		170.405,19
		105.353.389,12		103.288.079,14
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle	-22.134.968,47		-21.547.444,16	
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	4.731,54	-22.130.236,93	15,60	-21.547.428,56
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung	0,00		-22.556.143,59	
b) Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	0,00	0,00	0,00	-22.556.143,59
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung		0,00		0,00
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung		-1.180.383,35		-1.381.928,87
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen und sonstige Aufwendungen	-1.316.929,41		-1.324.526,85	
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	0,00		-3.248.018,00	
- davon außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 277 Abs. 3 Satz 1 HGB: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 3.232.500,00)				
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	0,00	-1.316.929,41	-1.006.660,49	-5.579.205,34
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung		-1.067,51		0,00
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung (Übertrag)		80.724.771,92		52.223.372,78

Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -
Berlin

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	2012		2011	
	EUR	EUR	EUR	EUR
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung (Übertrag)		80.724.771,92		52.223.372,78
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		203.074,46		126.016,22
2. Sonstige Aufwendungen		<u>-15.107,00</u>		<u>-11.047,00</u>
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		80.912.739,38		52.338.342,00
4. Sonstige Steuern		0,00		0,00
5. Ausgleichsposten aus dem Vorjahr		<u>52.338.342,00</u>		<u>0,00</u>
6. Überschuss		133.251.081,38		52.338.342,00
7. Einstellungen in den Gesamt-Ausgleichsposten		-133.251.081,38		-52.338.342,00
8. Einstellungen in Gewinnrücklagen - in die Verlustrücklage entsprechend § 37 VAG		<u>0,00</u>		<u>0,00</u>
9. Bilanzgewinn		<u>0,00</u>		<u>0,00</u>

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2012
DES
VERSORGUNGSWERKES DER ZAHNÄRZTEKAMMER BERLIN

I. Angaben zur Bilanzierung und Bewertung

1. Angabe der auf die Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Das Versorgungswerk legt gemäß § 5 VersWerkVO Berlin vom 17. Januar 2008 nach den Grundsätzen für kleinere Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit Rechnung. Als lex specialis zu den allgemeinen Rechnungslegungsvorschriften für Versicherungsunternehmen (§ 341 ff. HGB) werden die Vorschriften über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) angewandt.

Aufgrund satzungsmäßiger Erfordernisse wurden in Abweichung zu den Formblättern 1 und 3 der RechVersV entsprechend § 265 Abs. 1, 5 HGB Posten hinzugefügt resp. umbenannt. Dies betrifft den Gesamt-Ausgleichsposten, dem der Jahresüberschuss in den Geschäftsjahren zugewiesen wird, in denen turnusgemäß keine versicherungsmathematische Berechnung der Deckungsrückstellung vorgenommen wird.

Darüber hinaus wurden die Postenbezeichnungen des Formblattes 1 und 3 RechVersV (Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung, Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung) an die satzungsmäßigen Gegebenheiten angepasst.

Auf die Anwendung des Wertaufholungsgebotes gem. § 253 Abs. 5 HGB wurde in analoger Anwendung entsprechender Befreiungsvorschriften anderer Bundesländer verzichtet.

Immaterielle Vermögensgegenstände sind mit den historischen Anschaffungskosten vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen angesetzt. Die Abschreibungen erfolgen über Nutzungsdauern von 3 und 4 Jahren.

Die Kapitalanlagen des Versorgungswerkes der Zahnärztekammer Berlin sind Beteiligungen, Investmentfondsanteile, Wertpapiere und Genossenschaftsanteile sowie Einlagen bei Kreditinstituten.

Die indirekte Immobilieninvestments betreffenden Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten gemäß § 253 Abs. 1 HGB bzw. gemäß dem Niederstwertprinzip nach § 341 b Abs. 1 HGB bewertet.

Die Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, Einlagen bei Kreditinstituten und anderen Kapitalanlagen sind mit den Anschaffungskosten gemäß § 253 Abs. 1 HGB bzw. gemäß dem strengen Niederstwertprinzip mit dem niedrigeren Kurswert zum Bilanzstichtag bewertet.

Von der Möglichkeit der Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips bei Investmentanteilen und Wertpapieren nach § 341 b Abs. 2 HGB wurde kein Gebrauch gemacht.

Die Namensschuldverschreibungen wurden unverändert gegenüber den Vorjahren entsprechend dem Bewertungswahlrecht nach § 341 c HGB grundsätzlich in Höhe des Nennwertes bilanziert.

Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden zu Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag angesetzt (§ 341c Abs. 3 HGB).

Schuldscheinforderungen, Darlehen und Namensschuldverschreibungen, deren Zinszahlung am Ende der Laufzeit erfolgt (so genannte Zero-Papiere), wurden abweichend mit den Anschaffungswerten zzgl. aufgelaufener Zinsen bilanziert.

Gleiches gilt für in Vorjahren über dem Barwert angesetzte Schuldscheinforderungen und Darlehen, bei denen aufgrund eines Null-Kupon-Ereignisses bis zum Laufzeitende keine Zinszahlung mehr zu erwarten ist.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Mitglieder und anderen Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert angesetzt. Auf Grund der nach dem Soll-Prinzip berechneten Deckungsrückstellung sind Wertberichtigungen nicht erforderlich.

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung ist mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und im Anlagespiegel als Zugang und Abgang dargestellt. Die Zugänge werden seit 2008 alle pro rata temporis geschrieben. Die Abschreibungen erfolgen über Nutzungsdauern von 3 bis 16 Jahren.

Die Abgänge werden zum Restbuchwert im Zeitpunkt des Ausscheidens (Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen) ausgebucht.

Die übrigen Aktiva sind grundsätzlich mit dem Nennwert bilanziert.

Die gemäß § 33 Abs. 2 der Satzung zu bildende Verlustrücklage wurde unverändert fortgeführt, da satzungsgemäß kein versicherungsmathematisches Gutachten zum 31. Dezember 2012 erstellt wurde.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen werden gemäß der versicherungstechnischen Bilanz zum 31. Dezember 2010 des Aktuars (DAV) und Sachverständigen (IVS) Dr. Andreas Jurk, Longial GmbH, Düsseldorf, ausgewiesen.

Als Rechnungsgrundlagen für die Ermittlung der Deckungsrückstellung dienen die „Berufständischen Richttafeln nach Klaus Heubeck / ABV“ (BRT 2006 G).

Als Finanzierungsverfahren wird ein modifiziertes Anwartschaftsdeckungsverfahren angewandt. Hierbei kann grundsätzlich ein künftiger Neuzugang in der kollektiven Äquivalenz berücksichtigt werden. In der Deckungsrückstellung wird derzeit kein künftiger Neuzugang angesetzt. Der Verwaltungskostensatz wird rechnermäßig mit 2,5 % der Beitragseinnahmen und 2,0 % der laufenden Renten und Rentenanwartschaften berücksichtigt.

Für die Berechnung der Deckungsrückstellung wird ein Rechnungszins von 4 % p.a. für Anwartschaften und laufende Renten, die auf Beitragszahlungen vor dem 1. Januar 2008 beruhen, zugrunde gelegt. Für Ansprüche, die durch Zahlungen nach dem 31. Dezember 2007 erworben wurden, gilt ein Rechnungszins von 3 % p.a.

Die Rückstellung für satzungsgemäße Überschussbeteiligung nimmt den nach Dotierung der Sicherheitsrücklage verbleibenden Überschuss auf und dient der Verbesserung von Leistungen und Anwartschaften.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beinhalten den Anspruch auf Altersvorsorge eines ausgeschiedenen Geschäftsführers sowie des derzeit im Amt befindlichen Direktors. Die Bildung erfolgte auf Basis versicherungsmathematischer Gutachten nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren mit Anwartschafts- und Rententrend von 1,5 %. Als Rechnungsgrundlage dienen die im Juli 2005 herausgegebenen Richttafeln 2005 G der Heubeck Richttafeln GmbH, Köln, unter Anwendung eines von der Deutschen Bundesbank bekanntgegebenen Abzinsungssatzes von 5,04 % für eine pauschale Restlaufzeit von 15 Jahren.

Die anderen Rückstellungen erfassen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten und sind mit dem Erfüllungsbetrag bewertet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Die Verbindlichkeiten sind grundsätzlich mit ihrem Erfüllungsbetrag ausgewiesen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach den Vorschriften der RechVersV gegliedert.

2. Angabe der Grundlage für die Umrechnung von Währungsposten

Die Beteiligungen an der Paramount Real Estate Fund III, Fund IV und Fund V GmbH & Co. KG sowie der Fund IV Inc. in USD wurden zum jeweiligen Anschaffungszeitpunkt der Anteile mittels des Briefkurses in EUR umgerechnet. Die Dollar-Fremdwährungskonten sind zum Bilanzstichtag zum aktuellen Mittelkurs in EUR bewertet.

II. Angaben und Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

1. Kapitalanlagen

a) Beteiligungen

Es handelt sich neben einer im Geschäftsjahr gezeichneten Beteiligung an einer inländischen Immobilienobjektgesellschaft um Beteiligungen an Immobiliengesellschaften mit Investitionsschwerpunkt in US-Immobilien-Gesellschaften sowie zwei weitere inländische Objektgesellschaften.

Abschreibungen auf den als dauerhaft erreichbar eingeschätzten beizulegenden Wert waren im Geschäftsjahr 2012 nicht erforderlich (2011: TEUR 0).

b) Sonstige Kapitalanlagen

Die Gliederung erfolgt nach den Vorschriften der RechVersV. Die Namensschuldverschreibungen sind mit dem Nennwert bilanziert. Die Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen, Einlagen bei Kreditinstituten sowie anderen Kapitalanlagen sind mit den Anschaffungskosten bzw. dem zum Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 4 HGB angesetzt.

Abschreibungserfordernisse für Investmentanteile wegen gesunkener Kurswerte ergaben sich nicht (2011: TEUR 0).

Der Ausweis der Aktien, Investmentanteile und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere betrifft mit TEUR 322.321 einen Wertpapierspezialfonds sowie mit TEUR 216.935 einen Immobilienspezialfonds, deren alleiniger Anteilsinhaber das Versorgungswerk ist.

Der Wertpapierspezialfonds bündelt Teilsegmente mit diversen Anlageschwerpunkten und –stilen. Schwerpunkt des Portfolios waren zum Bilanzstichtag festverzinsliche Wertpapiere. Darüber hinaus befinden sich nach regionaler Segmentierung Aktienanlagen in den Subfonds. Der Zeitwert des Spezialfonds belief sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 324.676.

Mithin bestanden stille Reserven in Höhe von TEUR 2.355.

Im Geschäftsjahr wurden Ausschüttungen in Höhe von TEUR 16.987 vereinnahmt. Beschränkungen in der Möglichkeit zur täglichen Rückgabe bestehen nicht.

Der im Geschäftsjahr weiter aufgestockte Immobilienfonds ist schwerpunktmäßig in inländischen Wohn- und Geschäftsobjekten investiert, die überwiegend in Berlin und Bremen belegt sind. Darüber hinaus werden in nennenswertem Umfang Anteile an Investmentsondervermögen gehalten, die auch in europäischen Immobilienmärkten investiert sind. Der Zeitwert dieses Spezialfonds belief sich auf TEUR 217.629, so dass stille Reserven in Höhe von

TEUR 694 bestanden. Ausschüttungen wurden in Höhe von TEUR 7.870 vereinnahmt. Die Möglichkeit einer kurzfristigen Rückgabe der gesamten gehaltenen Anteilscheine ist naturgemäß, wegen der damit verbundenen Erforderlichkeit kurzfristiger Objektverkäufe, eingeschränkt.

In den Fondsanlagen, Inhaberschuldverschreibungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sind insgesamt stille Reserven von TEUR 78.899 (2011: TEUR 53.407) und stille Lasten bei sonstigen Ausleihungen in Höhe von TEUR 4.138 (2011: TEUR 8.938) enthalten.

Bei der Anlage des gebundenen Vermögens wurden die Vorschriften der § 54 VAG i. V. m. der Verordnung über die Anlage des gebundenen Vermögens von Versicherungsunternehmen (AnIV) hinsichtlich der Anlageformen und -grenzen beachtet.

Die erforderliche Berichterstattung an die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung ist erfolgt.

2. Forderungen

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben Restlaufzeiten von bis zu einem Jahr.

Wertberichtigungen auf Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer sind auf Grund der Deckungsrückstellungsberechnung nach dem Soll-Prinzip nicht erforderlich.

Die Sonstigen Forderungen von TEUR 704 (2011: TEUR 422) betreffen mit TEUR 680 (2011: TEUR 300) Ausschüttungsforderungen aus den Investmentfonds sowie Beteiligungen.

3. Verlustrücklage

Auf Grund des 3-Jahres Turnus bei der Ermittlung der Deckungsrückstellung ist eine Dotierung erst zum 31. Dezember 2013 vorzunehmen.

4. Gesamt-Ausgleichsposten

Zum 31. Dezember 2012 wurde satzungsgemäß kein versicherungsmathematisches Gutachten erstellt. Deshalb war der Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 80.913 dem Ausgleichsposten (Überschussrückstellung) zuzuführen.

5. Deckungsrückstellung

Gemäß dem versicherungsmathematischen Gutachten ergibt sich für die Deckungsrückstellung folgender Überschuss des Barwerts der Leistungen über dem Barwert der Beiträge.

	<u>31.12.2012</u> TEUR	<u>31.12.2011</u> TEUR
Barwert der Leistungen	1.622.468	1.622.468
Barwert der Beiträge	<u>-645.331</u>	<u>-645.331</u>
	977.137	977.137
Zinsschwankungsreserve	<u>7.148</u>	<u>7.148</u>
	984.285	984.285
Zuführung aus der Rückstellung für satzungsgemäße Überschussbeteiligung	<u>22.556</u>	<u>22.556</u>
	<u>1.006.841</u>	<u>1.006.841</u>

6. Andere Rückstellungen

Im Wesentlichen sind in den sonstigen Rückstellungen die Kosten für den Versicherungsmathematiker, den Jahresabschluss, Altersteilzeit, Übergangentschädigungen sowie für mögliche Prozessrisiken und sonstige Risiken enthalten.

7. Andere Verbindlichkeiten

Verbindlichkeitsspiegel zum 31. Dezember 2012

Verbindlichkeiten	Gesamt EUR	davon Restlaufzeiten von			davon gesichert EUR
		unter 1 Jahr EUR	1-5 Jahren EUR	über 5 Jahre EUR	
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	11.990,72	11.990,72	0,00	0,00	0,00
(Vorjahr)	47.224,93	47.224,93	0,00	0,00	0,00
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
(Vorjahr)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
III. Sonstige Verbindlichkeiten	317.593,16	317.593,16	0,00	0,00	0,00
(Vorjahr)	355.704,52	355.704,52	0,00	0,00	0,00
	329.583,88	329.583,88	0,00	0,00	0,00
(Vorjahr)	402.929,45	402.929,45	0,00	0,00	0,00

8. Verdiente / gebuchte Beiträge

Die gebuchten Beiträge stellen nicht in voller Höhe nur Beiträge des Berichtsjahres dar. In 2012 waren ebenfalls Beiträge der Vorjahre wegen Korrektur von Sollstellungen, Überprüfung der Veranlagungen sowie eventueller Beitragsrückzahlungen zu erfassen. Des Weiteren werden Beiträge aus Überleitungen in Höhe von TEUR 760 (2011: TEUR 579) ausgewiesen.

9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb / für Kapitalanlagen

Nach unmittelbarer Zuordnung der direkten Sachkosten wurden die allgemeinen Verwaltungskosten des Versorgungswerkes im Verhältnis von 54,92 : 45,08 (2011: 58,76 : 41,24) auf den Versicherungsbetrieb und die Vermögensverwaltung aufgeteilt. Basis für das Aufteilungsverhältnis bilden die Personalkosten der mit der Vermögensverwaltung betrauten Personen im Verhältnis zu den gesamten Personalkosten.

III. Sonstige Pflichtangaben

1. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzanlagen des Versorgungswerkes von Bedeutung sind, ergeben sich aus Abnahmeverpflichtungen für Multitranchen - Schuldscheindarlehen sowie Namenspfandbriefe und betragen insgesamt EUR 24 Mio. (2011: EUR 34 Mio.).

Aus Beteiligungsgesellschaften resultieren noch offene Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von TEUR 3.997 sowie TUSD 5.562 (TEUR 4.209).

Aus dem Kaufvertrag der VCM Golding Mezzanine SICAV II bestehen zum Bilanzstichtag weitere Einzahlungsverpflichtungen von insgesamt EUR 1,0 Mio.

Weitere sonstige finanzielle Verpflichtungen nach § 285 Nr. 3 HGB, die für die Beurteilung der Finanzanlage des Versorgungswerkes von Bedeutung sind, existieren nicht.

2. Gesamthonorar der Abschlussprüfers

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers nach § 285 Nr. 17 a)-d) HGB beläuft sich auf TEUR 51 und betrifft mit TEUR 49 Leistungen der Abschlussprüfung sowie mit TEUR 2 sonstige Leistungen.

3. Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten

Im Berichtsjahr waren durchschnittlich 16 (2011: 18) Mitarbeiter im Versorgungswerk beschäftigt.

4. Angabe zu den Unternehmensorganen

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses haben im Berichtsjahr Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder sowie Reisekostenerstattungen in Höhe von TEUR 253 (2011: TEUR 248) und die Mitglieder des Aufsichtsausschusses Vergütungen in Höhe von TEUR 41 (2011: TEUR 51) erhalten. Darüber hinaus wurden der Rückstellung für Übergangentschädigungen für den Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses sowie dessen Stellvertreter TEUR 3 (2011: TEUR 3) zugeführt.

Berlin, den 28. Juni 2013

Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin

gez. Dr. Ingo Rellermeier
(Vorsitzender des
Verwaltungsausschusses)

gez. Dr. Rolf Kisro
(stellv. Vorsitzender des
Verwaltungsausschusses)

**Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -,
Berlin**

Entwicklung der Aktivposten A. und B. (Immaterielle Vermögensgegenstände und Kapitalanlagen) im Geschäftsjahr 2012

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen EUR	Abgänge EUR	Zuschrei- bungen EUR	Abschrei- bungen EUR	Bilanzwerte Geschäftsjahr TEUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände - entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.105,00	30.118,90	0,00	0,00	0,00	22.451,90	8.772,00
B. Kapitalanlagen							
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Beteiligungen	43.218.683,91	14.024.880,49	0,00	4.078.603,85	0,00	0,00	53.164.960,55
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Summe B. II.	43.218.683,91	14.024.880,49	0,00	4.078.603,85	0,00	0,00	53.164.960,55
III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	471.347.358,70	102.891.721,99	0,00	28.288.398,91	0,00	0,00	545.950.681,78
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	10.510.000,00	6.341.147,14	0,00	6.262.916,38	0,00	0,00	10.588.230,76
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	176.000.623,72	702.942,20	0,00	0,00	0,00	0,00	176.703.565,92
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	337.629.682,94	2.659.276,77	0,00	30.000.000,00	0,00	0,00	310.288.959,71
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
d) Übrige Ausleihungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Einlagen bei Kreditinstituten	12.871.486,98	46.737.637,92	0,00	12.871.486,98	0,00	0,00	46.737.637,92
6. Andere Kapitalanlagen	1.200.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.200.000,00
7. Summe B. III.	1.009.559.152,34	159.332.726,02	0,00	77.422.802,27	0,00	0,00	1.091.469.076,09
Insgesamt	1.052.778.941,25	173.387.725,41	0,00	81.501.406,12	0,00	22.451,90	1.144.642.808,64

**Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -,
Berlin**

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen	Vorjahr	Geschäftsjahr
	TEUR	TEUR
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	0,0	0,0
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0,0	0,0
3. Löhne und Gehälter	739,6	680,2
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	127,2	127,1
5. Aufwendungen für Altersversorgung	24,2	78,2
6. Aufwendungen insgesamt	891,0	885,5